

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährl. M. 1.20
monatl. 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Bote in Orts- u. Nach-
barortsverkehr viertelj. M. 1.20
ausserhalb desselben M. 1.30,
dazu Postgelde 30 Pfg.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verklünderungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meßstern,
Enzklosterle u.

Beitung für Politik,
Unterhaltung und Anzeigen.

Inserate nur 8 Pfg
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Peitzzeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabat.
Abonnements
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 77

Wildbad, Samstag den 1. April

1905

Bebel-Bälou.

Aus der Reichstagsitzung vom 29. März.
Bebel: Der Reichskanzler macht mir einen Vorwurf daraus, daß ich seine Rede zur Beantwortung unserer Interpellation betr. den Kohlenstreik als Provokation bezeichnet habe. Er sagte, er habe den Arbeitern einen „guten Rat“ gegeben. Rein, das war kein Rat, sondern eine Drohung. Ohne daß die mindeste Veranlassung vorlag, drohte er mit dem Einschreiten des Militärs. Ich wiederhole, daß weder in England noch in Frankreich ein Minister in solchem Tone mit den Arbeitern geredet haben würde. Dabei ist niemals ein Streik mit solcher Nähe und Ordnung verlaufen, solange es überhaupt Streiks giebt. Unrichtig ist die Behauptung des Reichskanzlers, daß sich die Sozialdemokratie der Beendigung des Streiks entgegengestellt hätte. Mit Ausnahme von zwei oder drei sozialdemokratischen Blättern ist unsere gesamte Presse sofort nach dem Beschluß der Kommission, der auch mich überraschte, einmütig für die Beilegung angetreten. Der Wahrheit stehen die Behauptungen des Reichskanzlers schnurstracks gegenüber. Der Reichskanzler sagt, wir brauchen die Anzutriedenheit der Klasse. Die brauchen wir allerdings, um Propaganda für unsere Ziele zu machen, genau so wie die Agrarier die Anzutriedenheit der Landwirte brauchen, um die neuen Handelsverträge zu erzwängen. Im übrigen aber rekrutiert sich unsere Partei nicht nur aus den kleinsten untersten Schichten der Arbeiter, sondern aus der Elite der Arbeiterschaft. Die Bemerkung des Reichskanzlers, daß er die Freiheit gegen uns verteidigen wolle, hat mir nur Heiterkeit entlockt. Wenn eine Partei für die Freiheit und Kultur eintritt, dann die unsere. (Lachen rechts.) Selbst bei einem so verächtlichen Herrn wie dem Minister Köster hat der Streik neue Ideen geweckt. (Präsident Graf Balloström bezeichnet unter großer Heiterkeit diesen Ausdruck als „unangemessen.“) Was das „soziale Königtum“ anlangt, so wären wir sehr froh, wenn wir es hätten. Wir würden es dann auf das Beste unterstützen. (Lachen und Unruhe.) Daran ist aber nicht zu denken. Der Reichskanzler hat sich statt nach links immer mehr nach rechts entwickelt. Bei seinem Amtsantritt sagte er: „warten Sie ab, bis Sie mich kennen!“ Na, jetzt haben wir ihn kennen gelernt! (Heiterkeit.)

Der Redner geht dann zur Marokkofrage über. Wir geben zu, daß das Abkommen zwischen England und Frankreich unsere berechtigten Interessen schädigt. Warum aber hat man so lange gewartet und entschließt sich jetzt plötzlich zum Eingreifen? Wir wissen nicht, was eigentlich mit der jetzigen Aktion beabsichtigt ist. Auf keinen Fall würden wir aber mit Bestrebungen, wie sie der all-deutsche Verband verfolgt, einverstanden sein, denn diese Bestrebungen würden uns in einen Krieg mit England und Frankreich verwickeln. (v. Kiepenhausen ruft: Wer sagt denn, daß wir bestreigt würden?) Weiter hätten Sie nichts zu fragen, Herr v. Kiepenhausen? Das ist charakteristisch für Sie! Im übrigen haben wir es mit großer Genugtuung begrüßt, daß der Kaiser in Bremen sich gegen die öde Welt Herrschaft ausgesprochen hat. Das klingt allerdings anders als zahlreiche frühere Reden. Wenn eine solche Politik dauernd eingeschlagen wird, dann hoffen wir, daß es mit den fortwährenden Vermehrungen von Meer und Marine einmal ein Ende haben wird. (Beifall links.)

Bälou: Der Abg. Bebel hat den bevorstehenden Besuch des Kaisers in Tanger in Verbindung mit der Marokkofrage berührt. Ich halte es auch heute nicht für politisch opportun, mich eingehend über die Marokkofrage zu äußern. Der Kaiser hat schon vor Jahr und Tag dem König von Spanien erklärt, Deutschland erstrebe in Marokko keine Territorialvorteile. Nach dieser bestimmten Erklärung ist es aussichtslos, einem Besuch des Kaisers in Marokko irgend welche selbstsüchtige, gegen die Integrität oder die Unabhängigkeit von Marokko gerichtete Absichten unterzuschleiben. Ein berechtigtes Motiv zur Beunruhigung kann also aus diesem Besuche niemand herleiten, der sich selbst nicht mit Aggressionsabsichten trägt. Ganz unabhängig von dem Besuch und

unabhängig von der Territorialfrage läuft die Frage, ob wir in Marokko wirtschaftliche Interessen zu vertreten haben. Das haben wir allerdings. Wir haben in Marokko ebenso wie in China ein erhebliches Interesse an der Aufrechterhaltung der offenen Tür, d. h. der Gleichberechtigung aller Völker. Die deutschen Interessen in Marokko sind recht erhebliche und wir haben dafür zu sorgen, daß sie gleichberechtigt mit denen anderer Mächte bleiben. Nun hat der Abg. Bebel durchblenden lassen, er glaube, daß die deutsche Politik gegenüber Marokko heute eine andere wäre wie vor einem Jahr. Ich muß den Abg. Bebel zunächst darauf aufmerksam machen, daß sich die Sprache und Haltung der Diplomaten und des Politikers nach den Umständen richtet. Sofern aber versucht wird, die völkerrechtliche Stellung von Marokko zu ändern oder hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Entwicklung die offene Tür zu kontrollieren, müssen wir auch in höherem Grade darauf achten als früher, daß unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko ungefährdet bleiben. Wir werden uns deswegen zunächst in Verbindung setzen mit dem Sultan von Marokko. Nun hat der Abgeordnete Bebel bei diesem Anlaß einen Angriff gerichtet gegen den Abgeordneten v. Kiepenhausen. Er hat gemeint, der Abg. v. Kiepenhausen sei ein militärischer Draufgänger und er hat sich selbst hingestellt als den Friedensmann par excellence. Nach meiner Empfindung ist der Abg. v. Kiepenhausen viel friedfertiger als der Abg. Bebel. (Heiterkeit.) Ich habe den Abg. v. Kiepenhausen bisher noch niemals heftige und so tadelswerte Angriffe richten hören gegen befreundete oder Nachbarstaaten und ich habe bisher noch nie gehört, daß der Abg. v. Kiepenhausen die ihm nahestehende Presse eine so überaus heftige, aggressive, geradezu kriegerische Sprache hätten führen lassen gegen unsere Nachbarstaaten, als Herr Bebel. Wenn der Abg. Bebel wiederholt hat, daß das, was ich seinerzeit in diesem Hause gesagt hätte über den Entschluß der preussischen Regierung, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, daß das eine Provokation der Arbeiter gewesen sei, so erwidere ich ihm: Solange wir eine Regierung in Preußen und Deutschland haben werden, die diesen Namen überhaupt verdient, wird sie als erste und nächste Pflicht betrachten, zu verhindern, daß Gesetz und Ordnung verletzt werden. (Bravo! rechts.) Nun hat der Abg. Bebel weiter gemeint, daß in England und Frankreich sich kein Minister so gegenüber dem Streik ausdrücken könne, wie ich bei dieser Gelegenheit. Ich richte an den Abg. Bebel die Gegenfrage: Wie haben sich denn bei ähnlichen Umständen aus der Sozialdemokratie hervorgegangene Regierende verhalten? Wo sie dazu in der Lage waren, sind sie dem Streik meistens mit Hilfe des Militärs entgegengetreten. So haben es in Frankreich Minister gehalten, die aus der sozialdemokratischen Partei hervorgegangen sind, so hat es, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, der Genosse Bollschlager in Basel gehalten beim Maurerstreik, und wenn das der Abg. Bebel bestreitet (Zuruf Bebel's: Ich bestreite es garnicht!), wenn er es nicht bestreitet, so will ich, um ihn in dieser Ansicht zu bestärken (Heiterkeit), ihm vorlesen, was er selbst darüber gesagt hat auf einem internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam. Ich bemerke aber ausdrücklich, daß dieser Zeitungsauschnitt mir nicht von dem Abg. Erzberger vorgelegt worden ist (Große Heiterkeit), der mir noch niemals irgend einen Zeitungsauschnitt oder irgend eine Mitteilung hat zukommen lassen. Was der „Vorwärts“ darüber behauptet hat, war pure Schwimdel. (Redner verliest den betreffenden Passus der Rede Bebel's über das Eingreifen der französischen Polizei und Militärs in Streiks und die Haltung der sozialistischen Fraktion in der französischen Kammer.) Ich frage den Abg. Bebel, mit welchem Recht er da gegen die preussische Regierung zu Felde zieht, die gegenüber einem Auslande von 200 000 Arbeitern nicht einen einzigen Soldaten auf die Beine gebracht hat? Als in der belgischen Kammer neulich der belgische Arbeiterstreik zur Debatte stand, baten die beiden sozialdemokratischen Vertreter von Lüttich die belgische Regierung, sie möge gegenüber dem belgischen Streik eine so gerechte und sachliche Haltung einnehmen, wie es die preussische Regierung bei dem Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier getan hätte. Gehen Sie,

Herr Bebel, bei Ihren belgischen Genossen in die Lehre und brechen Sie endlich mit den „verächtlichen Anschauungen“, die Sie bisher auf diesem Gebiet gehabt haben. Nun hat der Abg. Bebel auch hervorgehoben die ruhige Haltung der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Ich habe immer gerne anerkannt, daß der Streik im großen und ganzen ruhig verlaufen ist. Dadurch haben sich die Arbeiter in weiten Kreisen Sympathien erworben. Mögen Sie daraus lernen, wie sehr sie sich und ihrer Sache nützen, wenn sie sich in dem Banne des Gesetzes und der Ordnung halten. Im schreienden Gegensatz zu dieser Haltung der Arbeiter stand von Anfang an und bis zu Ende die Haltung der sozialdemokratischen Presse, bei welcher von vornherein immer wieder der revolutionäre Fieberfuss zum Vorschein kam. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Herr Bebel hätte wirklich nicht anders sprechen können, wenn es seine Absicht gewesen wäre, die arbeiterfreundlichen Bestrebungen der Regierung zu hintertreiben und die bürgerliche Gesellschaft irre zu machen in ihrer sozialpolitischen Tätigkeit. Einer der wirkksamsten Helfer des sogenannten Scharfmachertums ist der Abg. Bebel. Ich erinnere mich deutlich, daß der Abg. Bebel bei verschiedenen Gelegenheiten und namentlich in Amsterdam ausdrücklich gesagt hat, die Sozialdemokratie nehme alle Konzeptionen entgegen, die man mache, sie lasse sich jede Bundesgenossenschaft gefallen. Sie halte aber immer fest an ihren letzten Endabsichten und diese wären eben die Ohnmacht des Landes nach außen und Anarchie nach innen. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die sehr große Mehrheit des deutschen Volkes nicht die mindeste Lust empfindet, unsere verfassungsmässigen Zustände zu vertauschen mit der uns in Aussicht gestellten zukunftsstaatlichen Zuchtordnung. (Lebhafter Widerspruch links.) Dabei bleibe ich, daß sie nicht die mindeste Lust hat, alte und bewährte Kulturwerte zu vertauschen mit einer bananaischen Gleichmacherei (sehr richtig! rechts), daß sie keine Lust empfindet, eine ruhige, friedliche gesellschaftliche Entwicklung auszutauschen mit dem Wirrwarr, der nach aller geschichtlichen Erfahrung schliesslich immer durch den Säbel durchgehauen worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Bebel: Der Reichskanzler hat mich weder Reuerungen machen lassen, die ich gar nicht gemacht habe. Daß meine Rede dem Scharfmachertum gefallen hätte, bezweifle ich, denn ich habe in dieser Rede die Verstaatlichung der Bergwerke gefordert und diese wird den Scharfmachern nicht gefallen. Ich erkenne durchaus an, daß uns die Haltung der preussischen Regierung im Streik keinen Anlaß zu Beschwerden gegeben hat. Daß wir im übrigen von der arbeiterfreundlichkeit der preussischen Regierung nicht viel hatten, kann man uns nicht abel nehmen. Die Novelle zum Vergesetz ist nicht dazum, daß die Arbeiter darüber besondere Freude hätten empfinden können. Welches die Stimmung der Arbeiter ist, beweist der jetzt tagende Bergarbeiterkongress, auf dem sozialdemokratische und nichtsozialdemokratische Arbeiter bis zu diesem Augenblick durchaus einig sind. Es ist doch sehr charakteristisch für die arbeiterfreundlichkeit der Regierung, daß das Reichsamt diesen Kongress nicht bestreift hat. Wenn es sich um Unternehmerverbände handelt, haben Sie immer Zeit. Das hat mehr böses Blut gemacht, als manche Bestimmungen der Novelle, die den Arbeitern nicht gefällt. Auf eine Diskussion über das sozialdemokratische Gemeinwesen der Zukunft will ich nicht eingehen. Wenn es so aussehen sollte, wie der Reichskanzler meint, dann werden wir keine drei Tage an der Herrschaft bleiben. (Sehr richtig! rechts.) Lassen Sie es doch einmal darauf ankommen. (Zurufe rechts: Lieber nicht!) Es gehört zum Programm des Reichskanzlers, bei jeder Gelegenheit auf diese Dinge zurückzukommen. Kämpfen Sie so weiter, der Sieg ist uns dann sicher. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bälou: Die Mehrheit dieses Hauses wird wohl mit mir der Ansicht sein, daß die Kanonade, die wir soeben gehört haben, mehr oder weniger ein Rückzugsgesetzt war. (Lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Den stehenden Feind loht man nicht mit zu scharfen Waffen verfolgen, sondern ihm goldene Bräden bauen. Ich gebe deshalb auf die kleinen Malicen nicht ein, mit denen Herr Bebel seine Rede abgeschlossen hat, zumal sie weder be-

fonders neu (Bebel: und Ihre Argumente? Lachen rechts), noch besonders geistvoll waren. Wenn Herr Bebel gemeint hat, ich hätte gegenüber den Unternehmern sehr milde gesprochen, so hätte ein Bild in die Organe des Bergbaulichen Vereins, z. B. die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ihn vom Gegenteil überzeugt. Herr Bebel sagte, ich hätte ihm Äußerungen in den Mund gelegt, die er nicht getan habe, möge er doch einmal aufhören, mir Äußerungen in den Mund zu legen, die ich nicht getan habe. Ich habe durchaus nicht gesagt, daß Herr Bebel die Behauptung über Herrn Erzberger aufgestellt hätte, die ich damals als einen Schwindel charakterisierte. Es war ein führendes Blatt seiner Partei, das behauptet hat, Herr Erzberger hätte mit Zeitungsauschnitten geliefert. Nun hat Herr Bebel mir vorgehalten, daß ich mir öfters erlaubt habe, an ihn die Frage zu richten, wie es eigentlich mit seinem Zukunftsstaat beschaffen sei, über den uns bisher nur sehr dürftige Mitteilungen vorliegen. Als er aber auf dieses Thema kam, sagte ich mir: Aha, nun kommt es endlich, nun wird Herr Bebel durch mich angeregt, Aufschluß zu geben. Große Heiterkeit rechts. Es war aber wieder nichts. Der Zukunftsstaat kommt aus dem Futteral nicht heraus. Ich wiederhole, daß ich es unlogisch finde, den Arbeitern immer Dinge an die Wand zu malen, über die Sie nichts Sicheres mitteilen können. Bebel hat in Amsterdam gesagt — und das mögen Sie sich ins Stammbuch schreiben —: „Die Republik ist nicht so gut wie wir sie machen und die Monarchie nicht so schlecht wie wir sie machen!“ (Heiterkeit rechts, Unruhe und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Politische Rundschau.

Württemberg. Die Volksschulkommission setzte Montag die Beratung der Volksschulnovelle fort. Bei Art. 5 wurde die Holzbesoldung für die unständigen Lehrerinnen gestrichen, wie Dienstag bei Art. 3 für die unständigen Lehrer, denen sie im Gehalt gleichgestellt sind. Zu der Frage der Ausbezahlung der Lehrergehälter durch die Kameralämter wurde folgende Erklärung angenommen: „Die Regierung zu erlauben, der Ständeversammlung in nächster Walde einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Ausbezahlung der Gehälter der ständigen Volksschullehrer und Lehrerinnen durch die Kameralämter geregelt werden soll.“

Indien. Die britische Mission nach Kabul hat die Rückreise nach Indien angetreten, nachdem sie die ihr übertragenen Geschäfte beendet und ein Abkommen abgeschlossen hat.

Berlin, 28. März. Dem Herrenhaus ging ein Antrag des Grafen Mirbach-Sorquitten zu, ob sich nicht im Gebiete des westlichen Kanalnetzes durch Herstellung elektrischer Schnellbetriebe für Güter- und Personenverkehr ein besserer Ersatz für solche Kanalfreuden, welche sich als Neuanlagen von Wasserstrahlen darstellen, ergeben würde.

Der Landtag

beriet gestern in erster Linie das sog. Rotgesetz über die Steuererhebung vom 1. April an, welches durch die verzögerte Fertigstellung des Etats erforderlich geworden ist. Die Abgg. Keil (Soz.) und Köder (D. P.) sprachen den dringenden Wunsch aus, daß der Etat künftig in so rechtzeitig eingebracht werde, daß dessen Verabschiedung sich bis zum 1. April ermöglichen lasse. **Saumann** (Balingen (Sp.)) wies auf die Beunruhigung hin, welche in weiten Kreisen angesichts der Neuerungen der Steuerreform sich geltend gemacht haben. Die heute von der Regierung publizierte Erweiterung der Fälligkeit bis zum 15. April, sei noch nicht genügend, auch seien die Erläuterungen auf den Fälligkeitshogen bezüglich der Abzüge etc. nicht klar genug. Schließlich wurde der Gesetzentwurf in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Der Reichstag

setzte gestern die 3. Etatsberatung beim Reichsamte des Innern fort. Der Etat wurde genehmigt. Beim Militär-Etat kommt der Kriegsminister v. Einem auf den Selbstmord des Leutnants Diez-Mainz zurück und verspricht volle Aufklärung des Falles. Schließlich wird auch der Militär-Etat genehmigt. Daselbe ist beim Marine-Etat der Fall. Beim Etat der Reichsjustizverwaltung bringt **Stadthagen** (Soz.) das gegen den Redakteur Seiditz in Detmold eingeleitete Zeugniszwangsverfahren zur Sprache. Staatssekretär Nieberding erklärt, es handle sich um eine Verletzung des Telephon-Geheimnisses. Von dem Redaktions-Geheimnis sei keine Rede. Ohne wesentliche Debatte wurden dann die restlichen Etats und schließlich das Rotgesetz angenommen.

Kaiser Wilhelm im engl. Unterhaus.

London, 30. März. Unterhaus. Barkley fragt an, ob zur Zeit des Besuchs des deutschen Kaisers und seines Gefolges in Gibraltar nur diejenigen Teile der Festung gezeigt werden würden, welchen den britischen Untertanen gezeigt werden und ob bezüglich photographischer Aufnahmen der Festung dieselben Vorschriften Geltung haben sollen, wie sie englischen Untertanen gegenüber streng gehandhabt werden. Der Kriegsminister erwidert, die Verantwortung ruhe bei dem in Betracht kommenden kommandierenden Offizier nach Maßgabe der in den Vorschriften enthaltenen Bestimmungen. (Beifall seitens der Oppositionellen.) **Barkley** stellt selbst die Frage: Habe ich das so zu verstehen, daß einem Kaiser, der damit beschäftigt ist, eine Flotte zu erbauen, die gegen uns gebraucht werden kann, mehr Freiheiten gewährt werden, als treuen

britischen Untertanen? Der Kriegsminister erwidert, ich habe meiner Antwort nichts hinzuzufügen.

Die Mittelmeer-Reise des Kaisers.

Paris, 30. März. Der „Temps“ versichert feierlich, daß der „maroccanische Blod“, bestehend aus Frankreich, England und Spanien, nicht zerbrochen werde. Der „Temps“ erneuert aber Frankreichs Anerbieten, allen deutschen Beschwerden Rechnung zu tragen. Man sucht in französischen Regierungskreisen sich über das in Paris befindende Ausbleiben irgend welcher Ermunterungen aus englischen Regierungskreisen dadurch hinwegzuhelfen, daß man den längst vorher geplanten Besuch eines französischen Geschwaders in einem britischen Hafen als Anzeichen einer erheblichen Verstärkung der Entente cordiale ausgiebt. Präsident Loubet wird zur Erwidierung des bevorstehenden Besuchs König Alfons' in Paris sich im September nach Madrid begeben. Man rechnet übrigens in Madrid wie in Paris mit der Wahrscheinlichkeit eines die deutschen Interessen schützenden Zusatzprotokolls.

Tanger, 30. März. Ein Maueranschlag der Spanier, der zur regen Festbereitschaft auffordert und auf Deutschlands die Souveränität und freie Hand schützende Politik verweist, wurde seitens der spanischen Behörden unterjagt.

Tanger, 30. März. Abdel Matef überbringt dem deutschen Kaiser ein Schreiben des Sultans, in welchem dieser die Hoffnung ausdrückt, daß die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland sich immer herzlicher gestalten werden. Die deutsche Kolonie wird eine Sammlung inländischer Produkte überreichen. Zahlreiche Abordnungen der Stämme aus dem Innern des Landes treffen morgen ein. Kaiserin sprach den Wunsch aus, dem Kaiser zu huldigen. Er erhielt von den Behörden die Gewährleistung, daß nichts gegen ihn unternommen würde. Kaiserin wird mit einem großen Gefolge in seiner neuen Eigenschaft als Kaiserin kommen. Der Zutritt von Fremden ist seit 2 Tagen gewaltig.

Paris, 30. März. Die gestrige Reichstagsrede des Grafen Bülow hat hier in hohem Grade überrascht. Man erwartete feinerer deutsche Kundgebung über den Kaiserbesuch in Tanger. Jetzt macht man sich auf die Entsendung des deutschen Vertreters nach Fez gefaßt, doch hofft man, daß man den franz. Spezialgesandten nicht werde von Fez abberufen müssen.

Lissabon, 30. März. Der Kaiser ist heute hier wieder abgereist.

Lösung der ungarischen Krise?

Wien, 30. März. (N. Fr. Presse). Die ungarische Krise verspricht eine günstige Wendung zu nehmen. Ein Kabinett Andrássy scheint wahrscheinlich und eine Entscheidung in den nächsten Tagen bevorzustehen. Es verlautet, die ungarische Sprache soll für alle aus dem ungar. Territorium mit Ausnahme Kroatiens rekrutierten Regimenter als Regimentssprache erklärt werden.

Die Lage am Balkan.

Sämtliche Mächte, auch Oesterreich-Ungarn und Rußland, beschloßen nach einer Wiener Depesche die Erweiterung des Märzsteiger Reformprogramms durch die Einführung einer internationalen Finanzkontrolle. Ueber deren Form liegt noch kein Beschluß vor, doch steht fest, daß alle Mächte an der Kontrolle teilnehmen werden.

Der Kolonialkrieg in Südwestafrika.

Windhof, 30. März. Die Kapitane Erasmus und Ramangati stellten mit 150 Männern, Weibern und vielen Kindern sich freiwillig. Leutnant v. Rheinbaben, der Lafaur zu befehlen hatte, wurde von mehreren Selbstschöndrängern angegriffen, die das ihnen abgenommene Vieh zurückerobern wollten. Die Angriffe wurden ohne Verluste zurückgeschlagen.

Las Palmas, 30. März. Der Truppentransportdampfer „Lulu Dohlen“, auf der Reise von Swakopmund nach Wilhelmshaven ist mit der ersten Staffel des Marine-Expeditionskorps am 29. März hier eingetroffen.

Unruhen auf Kreta.

Athen, 30. März. Die kretischen Schutzmächte zeigen an, daß sie Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung nach Kreta entsenden würden und setzen in einer auf Ersuchen des Prinzen Georg erlassenen Proklamation eine 3stündige Frist fest, binnen welcher die Aufständischen zur Niederlegung der Waffen aufgefordert werden.

Die Lage in Rußland.

Petersburg, 30. März. Die vom Kriegsschauplatz eingehenden Nachrichten treten gegenüber den Meldungen aus dem Innern vollständig in den Hintergrund. Die Behörden machen große Anstrengungen, um in allen Landesteilen die Ruhe wieder herzustellen. Wie die letzten Telegramme aus Jalta berichten, ist diese Gegend vollständig in der Gewalt der Aufständischen, welche die kaiserlichen Domänen in Brand stecken und ausplündern. Jeder Tag bringt neue Meldungen von der aufträhre- rischen Bewegung im Reich.

Paris, 30. März. Der Zar soll gestern einen Selbstmordversuch begangen haben, sei aber von seiner Mutter an der Ausführung dieses Plans verhindert worden. Er habe sich dabei nur leicht an der Hand verletzt. (?)

Petersburg, 30. März. Maxim Gorki erhielt mit Rücksicht auf den angegriffenen Zustand seines linken Augenlids die Erlaubnis, sich in die Krim zu begeben.

Bachmut (Gouv. Jekaterinoslaw), 30. März. Unter den Bauern in Caseno macht sich eine Bewegung

gegen die deutschen Ansiedler bemerkbar. Sie drohen, ihnen ihre Ländereien fortzunehmen, wenn sie nicht gutwillig hergeben würden. Gestern sind eiligst Besatzungen hingeschickt worden und die Behörden haben sich an den Ort der Ereignisse begeben.

Birjutisch, 30. März. Ein Hausen Bauern begann das Gut der Fürstin Jusupow zu zerstören.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 30. März. Die Russen haben nach ziemlich heftigen Kämpfen die Ortschaft Juansaliaz aufgegeben. Man ist der Ansicht, daß vorläufig keine Gefahr von japanischer Seite zu drohen scheint.

Petersburg, 30. März. Die 4%ige russische Rente fiel auf 88. Die Börse ist in gedrückter Stimmung, Verkäufe sind schwierig. Die Banken bieten die neue innere Anleihe mit 95% an, d. h. sie geben 1/4% der Kommission an den Markt ab.

Petersburg, 30. März. Ein viertes Geschwader, dessen Ausrüstung energisch betrieben wird und das weit stärker werden soll, als man anfänglich beabsichtigt hat, soll im April ds. Js. zum Auslaufen bereit sein.

Wien, 30. März. Zwischen dem Zaren und den Großfürsten soll wegen des Generals Kuropatkin ein Konflikt ausgebrochen sein. Die Großfürsten verlangten Kuropatkins Rückberufung und seine Stellung vor ein Kriegsgericht. Der Zar verweigerte dies aber entschieden und ernannte Kuropatkin zum Kommandeur der ersten Armee.

Magdeburg, 30. März. Die Magdeburger erfuhr aus diplomatischer russischer Quelle, daß die Vorbesprechungen zur Aushandlung der Friedensverhandlungen an der Frage der Kriegskostenentschädigung und an der Forderung Japans, Rußland müsse auf die Unterhaltung einer Kriegsschlote in Ostasien fortan verzichten, gescheitert sind. Eine weitere Vorbedingung für den Friedensschluß bleibe eine Verständigung über die Reorganisation der Interessen der Großmächte in Ostasien. Die Schwierigkeit dieser Frage schließe einen baldigen Friedensschluß aus.

Berlin, 29. März. Die mit russischen Kriegstransporten beladenen Dampfer, unter denen sich besonders auch deutsche Kohlendampfer befinden, haben die Dredge erhalten, die Reise in der Richtung nach den Straits Settlements fortzusetzen. Das würde also bedeuten, daß Rußland den Kampf um Vladivostok fortführen wird.

Tokio, 30. März. Die Japaner rücken schneller als man vermutet hatte, vor, und haben eine abermalige Umgrüpfung des Feindes zum Ziel.

London, 30. März. Reuter. Hinsichtlich der Aussichten auf Friedensunterhandlungen ist die Lage, soweit es möglich ist, klarzusehen, folgende: Die Bedingungen, die Rußland annehmbar erscheinen, sind in den ministeriellen Kreisen erschöpfend beraten worden auf den Grundlagen, die Rußland beibehalten würden, wenn Friedensöffnungen gemacht würden, und sind in der Umrisse festgelegt worden. Die Verhandlungen würden, wenigstens in den ersten Stadien, von einer dritten Partei zu Ende geführt werden. Man nimmt an, daß Frankreich und die Vereinigten Staaten Vermittler sein würden.

Tokio, 30. März. Reuter. Die verschiedenen aus Europa und Amerika kommenden Friedensgerüchte werden hier von der ganzen Presse wiedergegeben. Die Presse bleibt indeßen das Echo des festen Entschlusses Japans, die Kriegsoperationen energisch weiter zu betreiben ohne irgendwelche Rücksichtnahme auf Erweiterungen über Ereignisse in Rußland oder sonstwo. Mittlerweile setzt das Heer und die Flotte die Vorbereitungen für einen mehrjährigen Feldzug fort. Fortwährend gehen frisch ausgehobene Truppen nach der Front ab und Transportkolonnen breiten sich über die nordliche Mandchurie aus.

Tokio, 30. März. Der Dampfer „Induiter“ ist auf der Fahrt nach Vladivostok von den Japanern beschlagnahmt worden.

Aus der Partei.

Am Sonntag referierte der Landtagsabgeordnete **Hartmann** Oberndorf im Gasthaus zum Löwen in Röttenbach in zweistündigem Vortrag über seine Tätigkeit im Landtag und über das neue württembergische Steuerrecht. Abends sprach er im Gasthof in Alpirsbach über dieselben Gegenstände. Beide Versammlungen waren sehr zahlreich besucht.

Tages-Nachrichten.

Stuttgart, 30. März. Der Streik der Fuhrleute und Transportarbeiter ist beendet. Die Arbeiter bei den größeren Expeditionsfirmen haben die Arbeit heute bedingungslos wieder aufgenommen. Ein Teil der Ausständigen wurde gemahregelt. 27 kleinere Fuhrwerksbetriebe haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Stuttgart, 30. März. Der Gemeinderat beschloß den städtischen Arbeitern zur Schillerfeier am 9. Mai unter Fortreichung des Lohnes freizugeben. Auch sollten ihnen Schillers Werke, soweit der Vorrat reicht, zu 1 Mt. zur Verfügung gestellt werden.

Stuttgart, 29. März. Infolge der württembergischen Schiffsfahrtsbestrebungen ist bei dem Zentralverein für Hebung der deutschen Fluh- und Kanalschiffahrt in Berlin eine Vertretung für das Stromgebiet des Neckar geschaffen und mit derselben Geheimrat Dr. **Tobst** betraut worden.

Neuenbürg, 30. März. Ein Liebesdrama hat im Walde bei Schönborg seinen traurigen Abschluß gefunden. Kuragäste fanden auf dem Spaziergang den Leutnant **Böhm** aus Mannheim und seine Geliebte **Margarethe Schwarz** von Seibenberg erschossen. Der Leutnant hat zuerst dem

